

Stand: 25.06.2026 22:50:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2624

"Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2624 vom 10.07.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3520 des KI vom 14.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/3993 vom 04.11.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 04.11.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass unsere Kommunen vor vielfältigen Herausforderungen stehen, die innovative Lösungsansätze erfordern. Interkommunale Zusammenarbeit ist dabei eine zukunftsweisende Strategie, um die Wirtschaftlichkeit und Qualität der öffentlichen Aufgabenerfüllung zu steigern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu berichten, wie sich die Umsatzsteuerpflichtigkeit interkommunaler Zusammenarbeit auf die öffentliche Leistungserbringung im Freistaat auswirkt und wie Kommunen im Interesse des Gemeinwohls eine Umsatzsteuerbarkeit der interkommunalen Zusammenarbeit vermeiden können;
2. sich sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene nachdrücklich dafür einzusetzen, für die interkommunale Zusammenarbeit rechtssichere und von der Umsatzsteuer befreite Lösungswege zu finden.

Begründung:

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteilen vom 10. November und 1. Dezember 2011 (V R 41/10 bzw. V R 1/11) Entscheidungen zur umsatzsteuerlichen Behandlung der öffentlichen Hand gefällt. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs unterliegen demnach nachhaltige und gegen Entgelt erbrachte Leistungen der öffentlichen Hand der Umsatzsteuer, wenn diese Tätigkeiten auf zivilrechtlicher Grundlage oder im Wettbewerb zu Privaten auf öffentlich-rechtlicher Grundlage ausgeführt werden. Eine Umsatzsteuerpflichtigkeit interkommunaler Kooperationen würde die öffentliche Leistungserbringung jedoch erheblich verteuern und so kostensparende Organisationsstrukturen verhindern. Dadurch wird die interkommunale Zusammenarbeit deutlich erschwert, wenn nicht sogar faktisch unterbunden.

Zur Sicherung der Leistungs- und Handlungsfähigkeit von Kommunen ist es aber dringend erforderlich, die interkommunale Zusammenarbeit zu erhalten und auszubauen. Im Interesse des Gemeinwohls darf dieses umsatzsteuerrechtlich nicht belastet oder behindert werden. Deshalb ist es notwendig, Klarheit herzustellen, unter welchen Voraussetzungen zukünftig interkommunale Zusammenarbeit von der Umsatzsteuer befreit werden kann.

Auch die Ständige Konferenz der Innenminister der Länder hat sich in dieser Frage klar positioniert. Sie hat beschlossen, dass die interkommunale Zusammenarbeit steuerrechtlich nicht behindert werden dürfe. Vor diesem Hintergrund sollten sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene alle Anstrengungen für eine umfassende Freistellung der interkommunalen Zusammenarbeit von der Umsatzsteuer angestrebt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/2624

Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Jürgen Mistol**
Mitberichterstatter: **Ludwig Freiherr von Lerchenfeld**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 1. Oktober 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 14. Oktober 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2624, 17/3520

Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!

Der Landtag stellt fest, dass unsere Kommunen vor vielfältigen Herausforderungen stehen, die innovative Lösungsansätze erfordern. Interkommunale Zusammenarbeit ist dabei eine zukunftsweisende Strategie, um die Wirtschaftlichkeit und Qualität der öffentlichen Aufgabenerfüllung zu steigern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu berichten, wie sich die Umsatzsteuerpflichtigkeit interkommunaler Zusammenarbeit auf die öffentliche Leistungserbringung im Freistaat auswirkt und wie Kommunen im Interesse des Gemeinwohls eine Umsatzsteuerbarkeit der interkommunalen Zusammenarbeit vermeiden können,
2. sich sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene nachdrücklich dafür einzusetzen, für die interkommunale Zusammenarbeit rechtssichere und von der Umsatzsteuer befreite Lösungswege zu finden.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich des jeweiligen Abstimmungsverhaltens mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht über Kriegsflüchtlinge aus Syrien, die im Rahmen der Dublin-III-Regelung abgeschoben werden
 Drs. 17/2074, 17/3579 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
 Bericht über Reform des EU-Datenschutzrechts
 Drs. 17/2127, 17/3580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Kein Fracking für Öl und Gas in Bayern
Drs. 17/2402, 17/3577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichts-antrag zum Gesetzgebungsverfahren der EU-Datenschutzgrundverordnung und den Reformbestrebungen bei Scoringverfahren
Drs. 17/2413, 17/3582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fracking endlich bundesweit verbieten
Drs. 17/2423, 17/3578 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
 Situation und Kontrollen in den Putenmastbetrieben
 Drs. 17/2531, 17/3587 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Interkommunale Zusammenarbeit muss umsatzsteuerfrei bleiben!
 Drs. 17/2624, 17/3520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
 Den Menschen die Heimat erhalten – Für ein zeitgemäßes Angebot an angemessenem Mietwohnraum in allen Landesteilen sorgen
 Drs. 17/2649, 17/3521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Bayerisches Modernisierungsprogramm verbessern
Drs. 17/2650, 17/3522 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Karl Freller, Markus Blume u.a. CSU
Den Menschen die Heimat erhalten –
Wohneigentum für Familien stärker im Ort fördern
Drs. 17/2651, 17/3523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften ermöglichen, die Pflicht zur
Wohnsitznahme in Gemeinschaftsunterkünften aus dem bayerischen
Aufnahmegesetz (AufnG) streichen
Drs. 17/2674, 17/3379 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Managementplan „Wölfe in Bayern“ Stufe 2 unverzüglich vorlegen!
Drs. 17/1438, 17/3524

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Rückkehrende Tierarten in Bayern-Managementplan §Wölfe in Bayern“ Stufe 2 endlich vorlegen!
Drs. 17/1471, 17/3525

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat